



Pressespiegel

Ausgabe: 21.01.2022



Pegida-NRW demonstriert doch wieder in Duisburg

Nun also doch: Die fremdenfeindliche Organisation Pegida-NRW hat für Samstag in Duisburg eine Demonstration mit 80 bis 100 Teilnehmern angemeldet. Anfang der Woche hatten die Rechtsextremen die Versammlung noch für abgesagt erklärt. Als Grund dafür nannten die Organisatoren in einer Mitteilung einen „Justizskandal“. Nach Informationen dieser Redaktion saß der Anmelder der Demo zwischenzeitlich in Haft. Am Donnerstagmittag bestätigte die Polizei, dass die Demonstration doch stattfinden wird. Sie soll um 14 Uhr auf dem Portsmouthplatz am Hauptbahnhof starten. Anschließend wollen die Teilnehmer über innerstädtische Straßen ziehen.

Wie bei den vergangenen Veranstaltungen reagiert das Bündnis „Duisburg stellt sich quer“ mit einer Gegendemo. 250 Menschen kündigen die Organisatoren an. mas

WAZ DU

Trotz Corona und Homeoffice: Rekordhoch beim Berufspendeln



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU Foto: IG BAU Alexander Paul Englert



Pressespiegel

Ausgabe: 21.01.2022



3,5 Millionen Beschäftigte verließen 2021 auf dem Weg zur Arbeit ihr Bundesland – 4,5 Prozent mehr als im Vorjahr.

Trotz Pandemie bleibt Deutschland "Pendlerrepublik": Nach Einschätzung der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) zwingen teure Mieten und Häuserpreise Millionen Beschäftigte zu stundenlanger Fahrerei. "Längst nicht jeder kann Homeoffice machen – viele Menschen müssen weite Pendelwege in Kauf nehmen, um zur Arbeit zu kommen. Strecken von mehr als 100 Kilometern sind etwa für Bauarbeiter alles andere als eine Seltenheit", sagt IG BAU-Bundesvorsitzender Robert Feiger. Ein Hauptproblem: Das Wohnen habe sich in den vergangenen Jahren besonders dort extrem verteuert, wo viele Arbeitsplätze entstanden seien – in Metropolen wie Berlin, München und Frankfurt, aber auch in den Ballungsräumen und Universitätsstädten, so Feiger. Der Gewerkschafter verweist auf neueste Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, die die IG BAU ausgewertet hat. Demnach arbeiteten im vergangenen Jahr gut 3,5 Millionen Arbeitnehmer*innen nicht in dem Bundesland, in dem sie lebten. So verlässt mehr als jeder zehnte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sein Bundesland auf dem Weg zur Arbeit. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der Fern-Pendler um 4,5 Prozent zu.

Zu den Ländern, in die besonders viele Menschen von außerhalb zum Arbeiten – sogenannte Einpendler – kommen, zählen Nordrhein-Westfalen (461 000), Baden-Württemberg (426 000), Bayern (425 000), Hessen (408 000) sowie die Stadtstaaten Hamburg (368 000) und Berlin (366 000). Einen besonders hohen Anteil an Auspendlern – also Beschäftigten, die für den Job ihr Bundesland verlassen – gibt es in Niedersachsen (454 000), Rheinland-Pfalz (338 000), Brandenburg (305 000), Schleswig-Holstein (244 000) und Sachsen-Anhalt (141 000).

"Die Zahlen bewegen sich seit Jahren auf einem sehr hohen Level. Das geht nicht nur zulasten der Betroffenen, denen wertvolle Zeit für Familie und Hobbys verloren geht, sondern schadet auch der Umwelt", sagt Gewerkschaftschef Feiger. Ein entscheidender Beitrag gegen den "Pendel-Wahnsinn" sei die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. "Am Ende hilft nur eins: Mehr bezahlbare Wohnungen – und zwar möglichst in den Orten, in denen die Menschen arbeiten und leben wollen", so Feiger. Auch vor diesem Hintergrund begrüßt der IG BAU-Bundesvorsitzende das Vorhaben der Ampel-Koalition, pro Jahr 400 000 neue Wohnungen zu errichten – darunter 100 000 geförderte Sozialwohnungen.

"In den Metropolen und Ballungsräumen ist die Wohnungsnot besonders groß. Aber auch in Städten wie Krefeld, Erfurt oder Braunschweig sind die Mieten in den letzten Jahren exorbitant gestiegen. Es braucht jetzt rasch viel mehr Wohnungen, die sich auch Gering- und Normalverdiener leisten können – zu Quadratmeterpreisen zwischen 6 und 8,50 Euro kalt", so Feiger. Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus seien eine massive Aufstockung der Fördermittel und dauerhafte Preisbindungen nötig. "Es muss gelten: einmal Sozialwohnung, immer Sozialwohnung. Wir brauchen keine günstigen Mieten mit Verfallsdatum."

Die Pendlerstatistik der Bundesagentur für Arbeit beruht auf Angaben zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Diese legte zwischen 2020 und 2021 um 1,4 Prozent zu, also deutlich weniger stark als die Zahl der Pendelnden. Ob ein Arbeitnehmer vorübergehend im Homeoffice arbeitete und seinen gewohnten Arbeitsort nicht aufsucht, wird durch die Statistik zwar nicht erfasst. Doch aus dem Mikrozensus, für den das Statistische Bundesamt Haushalte befragt, geht hervor, dass die regionale Mobilität nach dem Ende von Lockdowns und Kontaktbeschränkungen wieder deutlich anstieg. So erreichte der Anteil der Menschen, die täglich 30 Kilometer und mehr zurücklegten, Anfang November vergangenen Jahres das Vorkrisenniveau (November 2019). Laut Statistikbehörde benötigten zuletzt 28 Prozent aller Berufspendler für die einfache Strecke zur Arbeit mehr als eine halbe Stunde.